

Falsche Prioritäten

Corona-Welle im Herbst: „Vorbeugen tut not“, FR-Meinung vom 2. Juli

Minister Lauterbach – einst Hoffnungsträger in der Corona-Krise – spricht kaum überzeugt und überzeugend in die Mikrofone. Thema Schnelltests. Er habe mit dem Finanzminister (FDP) gesprochen, aber leider nicht. Schnelltests kosten also ab jetzt drei bis zehn Euro. Wenn man nicht Ausnahmeregelungen erfüllt. Da überlegt man sich, ob man sich testen lässt. Scheint für die Politik heute nicht das große Problem zu sein, kann es aber werden, falls im Herbst eine Mutation auftaucht, die dramatischere Auswirkungen hat. Ist wenigstens dann Geld da fürs Vorbeugen, das nützt? Oder brauchen wir noch mehr Milliarden für Rüstung und Unterstützung des Krieges gegen den neuen, alten Feind?

Überhaupt erscheinen mir die Vorbereitungen auf den Herbst (knapp vier Monate noch) unausgegoren. Irgendwie Déjà-vu, irgendwie wieder ideologisch untergraben. Mag sein, dass es wirklich nicht schlimm kommt. Aber eine Regierung, die dermaßen unentschlossen auftritt, was unpopuläre Maßnahmen angeht, macht mich bang. Auch wegen anderer Krisen, die kommen mögen. Es gibt eine Ausnahme: Als es um 100 000 000 000 Euro für die Aufrüstung ging, war Minister Lindner (FDP) zügig zahlungskraftig. So sind die Prioritäten im Jahre 2022. Und die stimmen mich auch nicht froh.

Bertram Münzer, Gütersloh

Organspende bleibt Spende

Erwiderung zur Widerspruchslösung: „Lauterbach packt es an“, Forum v. 1.7.

Wenn man die Diskussion über Pro und Contra Widerspruchslösung beim Thema Organspende verfolgt, könnte man in Bezug auf die Befürworter einer Widerspruchslösung zu der Auffassung gelangen, als gäbe es einen vom Grundgesetz garantierten allgemeinen Rechtsanspruch für jeden auf eine notwendige Organspende, und dieses Verfassungsrecht werde von denjenigen missachtet, die sich einer Organspende verweigern. Doch das ist wohl nicht so. Eine Organspende bleibt eine Spende, also eine freiwillige Leistung.

Man bedenke, welchen hohen Stellenwert das Verfassungsgericht dem Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung (vulgo: Datenschutz) beimisst. Und zwar über den Tod hinaus. Soll dann wirklich das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper über den Tod hinaus unbeachtlich und wertlos sein? Da habe ich ernstliche Zweifel. Auch wenn angesichts der wohl zeitlich nur noch beschränkten Lebensdauer meiner Organe an deren Weiterverwendung kein gesteigertes Interesse bestehen dürfte.

Wolfram Siegel, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220706

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik präsentiert sein Buch „Heile und herrsche. Eine gesundheitspolitische Tragödie“ im Autorenforum der Pforzheimer Zeitung. Nach der Lesung gibt es eine Diskussion. Eintritt 10,50 Euro. Reservierung unter 07231-933125 oder online unter www.pz-forum.de.

Donnerstag, 14. Juli, 19 Uhr
PZ-Forum, Ecke Post-/Luisenstraße, Pforzheim

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Zwei Jahre nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“. Auf dem Podium diskutieren Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), der hessische Grünen-Fraktionschef Mathias Wagner, Armin Kurtović, Vater des ermordeten Hamza Kurtović, und Newroz Duman von der Initiative 19. Februar Hanau. Stream auf fr.de/eventvideo

Freitag, 15. Juli 2022, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Was ist das für eine Wertegemeinschaft?

Zu: „Der schwedische Preis für die Nato-Allianz“ und „Rückschlag für Recht und Freiheit“, FR-Politik vom 2. Juli und 30. Juni

Nato-Mitglied Türkei führt illegalen Angriffskrieg

Dies nennt sich also Diplomatie: Schweden und Finnland wollen in die Nato, Erdoğan stellt Bedingungen beziehungsweise erwartet einen Preis für seine Zustimmung. Kurdinnen und Kurden in Schweden müssen nun befürchten, ausgeliefert zu werden, da der türkische Machthaber dazu neigt, jegliche kurdischen Organisationen unter Terrorismusverdacht zu stellen.

Auch hierzulande werden von der türkischen Regierung Auslieferungsanträge gestellt, die oft ungeprüft von hiesigen Behörden umgesetzt werden. Aber wenn Erdoğan seinen Willen nicht bekommt, droht er, das Flüchtlingsabkommen zu kündigen, oder es sich noch teurer bezahlen zu lassen, syrische Flüchtlinge von den EU-Grenzen fern zu halten. Sollten es doch Menschen bis an die griechische Grenze schaffen, drohen ihnen verbrecherische Abschiebungen, verharmlosend Pushback genannt.

Das Nato-Mitglied Türkei in strategisch günstiger Lage führt einen illegalen Angriffskrieg in Syrien und verbündet sich dafür mit islamistischen Milizen. Sollten wir deshalb den Kurden Waffen schicken, damit sie sich gegen den illegalen Aggressor wehren können? Aber nein, die Kurden haben ja keinen Staat, und erst die Selbstverteidigung einer Nation zählt. So werden menschliche Schicksale einer zweifelhaften Diplomatie geopfert.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Was für eine widerwärtige Heuchelei!

Nun ist es doch recht schnell gegangen. Der türkische Präsident gibt seinen Widerstand gegen den Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands auf, das Bündnis kann sich weiter Richtung Russland ausdehnen. Dafür bekommt Erdoğan das, was er haben wollte: Erstens zusätzliche Waffenlieferungen für den Krieg gegen die Kurden; zweitens die Aussicht, politische Flüchtlinge ausgeliefert zu bekommen; drittens Schützenhilfe für den

Wahlkampf im kommenden Jahr.

Erdoğan's Autokratie unterscheidet sich nicht nennenswert von der Putins, sie ist eher noch rücksichtsloser. Vor seinem Terror sind viele Menschen geflohen, nicht zuletzt nach Skandinavien. Diese Menschen müssen nun um ihr Schicksal bangen.

Die Türkei führt im Norden Syriens einen Krieg, der sich wenig von dem in der Ukraine unterscheidet: chauvinistische Begründung, Landnahme samt Bevölkerungsaustausch, gnadenlose Kriegsführung. Aber im Fall Erdoğan ist das alles Nato-kompatibel.

„Die Türkei hat für die Nato heute aber eher eine noch größere strategische Bedeutung als während des Kalten Krieges“, schreibt Gerd Höhler in der FR. So ist es. Deshalb müssen die Prinzipien der „westlichen Wertegemeinschaft“, die wir in der Ukraine so unerbittlich verteidigen, in Sachen Türkei eben zurückstehen. Was für eine widerwärtige Heuchelei, was für ein erbärmliches Geschäft!

Gert Hautsch, Frankfurt

Es wird immer nur zurückgeschossen

Friedensfragen: „Könnte Kriegsdienstverweigerung den Ukraine-Krieg beenden?“, FR-Politik vom 21. Juni

Im Interview mit zwei Vertretern des Vereins „Connection“ fragt Pitt von Bebenburg: „Wie kommt man zum Frieden ohne Militär?“ und erhält darauf die berechtigte Gegenfrage: „Wie kommt man zum Frieden mit Militär?“ Darauf scheint er nur gewartet zu haben und haut den beiden Pazifisten gleich den Zweiten Weltkrieg als Gegenbeispiel für ihren naiven antimilitaristischen Ansatz auf die Ohren. Nur die geballte militärische Kraft der Alliierten habe diesen beendet. Wenn wir von der Tautologie mal absehen, dass Kriege mittels militärischer Mittel geführt werden – wie sonst? – gilt für den Zweiten Weltkrieg wie

für jeden anderen Krieg, dass er dann zu Ende war, als eine Seite gesiegt und die andere Seite verloren hatte. Will meinen, wie sinnvoll der Einsatz militärischer Mittel ist, entscheidet sich nur am Ergebnis des Kriegs. Es gab also zu keinem Zeitpunkt die Alternative „Einsatz militärischer Mittel oder nicht“. Das gleiche gilt natürlich auch im Ukraine-Krieg. Selbstverständlich hätten sowohl massive Verweigerungen entweder in Russland oder in der Ukraine verhindern können, dass es zum Krieg kommt. Diese Wahl haben aber weder Putin noch Selenskyj ihren Völkern gelassen, und bewegen sich damit durchaus im üb-

lichen Rahmen für Staatsmänner, wenn es um die Durchsetzung der Interessen ihres Staates geht. Da führt es auch nicht weiter, zwischen Angreifer und Verteidiger zu unterscheiden, mit dem Tenor, Verteidigung gut, Angriff schlecht. So sollte uns zu denken geben, dass sogar Hitler seinen Angriff auf Polen und damit den Beginn des Weltkriegs mit einem – wie wir heute wissen – fingierten Angriff der Polen gerechtfertigt hat, oder Bush im Irak-Krieg mit den angeblichen Massenvernichtungswaffen. Es wird immer nur zurückgeschossen. Dagegen hilft nur die Weigerung, dabei mitzumachen.

Hans Blaschke, Bad Vilbel

Bei Frauen zählt, was sie unterlassen

Die Linke: „Sexistische Werten und brutale Gewalt“, FR-Politik vom 27. Juni

Der Artikel zeigt sehr deutlich die Zwickmühle, in die Frauen hineingeraten, wenn sie Leitungsfunktionen in Männerorganisationen wahrnehmen. Leitungsfunktionen in Institutionen, Organisationen, Unternehmen und Parteien werden zu recht verantwortlich gemacht, wenn sich dort über längere Zeit Sexismus und Mobbingstrukturen etablieren können.

Da mein früherer Arbeitsplatz die Schule war, habe ich etwa Erfahrung auf diesem Gebiet, und immer wenn solche Fälle in den Medien auftauchen, verfestigt sich bei mir der Gedanke: Wer solchen Phänomenen auf den Grund gehen will, sollte zuerst bei den Leitungen suchen.

Meine ersten politischen Erfahrungen habe ich in der Zweiten Frauenbewegung gemacht. Diese verstand sich als autonome Frauenbewegung und schloss Männer aus ihren Treffen, Kongressen, Festen und Einrichtungen aus. Einer der vielen Gründe, die dafür sprachen, war es, Orte zu schaffen, an denen Frauen sich frei von männlichen Bewertungen entwickeln konnten. Politische Organisationen sollten auch heute Frauen das Recht einräumen, sich unter Ausschluss von Männern zu treffen. Nur sind das nicht unbedingt Orte, an denen frau Verbindungen für eine Karriere knüpfen kann. Es kann sich für sie in Hinblick auf Karriere sogar schädlich auswirken. Quo-

ten für Frauen in Leitungsfunktionen reichen deshalb nicht aus. Wenn Katharina Grudin sagt: „Es ist falsch, wenn man Frauen dafür beschuldigt, was Männer getan haben“, bringt sie den Widerspruch auf den Punkt.

An Frauen werden von Geburt an Ansprüche in einem Ausmaß gestellt, vor denen sie nur versagen können, Ansprüche, die nur für Frauen gelten und nicht für Männer. Bei Männern zählt, was sie tun, bei Frauen zählt, was sie unterlassen.

Ich kenne Janine Wissler aus ihren öffentlichen Auftritten und schätze ihre Beiträge. Ich hoffe, dass die Linkspartei es schafft, den Widerspruch konstruktiv zu lösen. Sophie Wegener-Stahlschmidt, Wiesbaden